Nr. 299 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 147

Bezugspreis:
Vierteljährl. 150.— M., monatl. 50.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 50.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 84.— M., für das übrige Ausland 102.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heinwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Abend-Ausgabe

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1 Mark

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 80.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 6.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Dienstag, den 27. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Rathenau zum Gedächtnis.

Der Mann, den Deutschland heute begräbt, wie noch kein Fürst begraben worden ist, war ein aufrichtiger Diener der Republik, ein treuer Arbeiter für die Schaffung eines wahren Völkerfriedens. Darum hat man ihn ermordet, darum ehrt ihn das arbeitende Volk.

Walter Rathenau war nicht, wie viele andere Führer des neuen Deutschland, aus den Massen des arbeitenden Volkes emporgestiegen. Als Sohn des Gründers der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft war er Sproß einer reichen Familie. Trotzdem und trotz seiner glänzenden Fähigkeiten war ihm im Kaiserreich der Weg zu den hohen Staatsämtern verschlossen, er konnte nicht einmal Offizier werden, weil er ein Jude war.

Wenn heute selbst die monarchistische Presse die hohen Eigenschaften des Toten und die Verdienste, die er sich als Minister erwarb, anerkennt, so liegt darin eine unbewußte Verurteilung des alten Systems, das daran zugrunde ging, daß es die Führung im Staat einer kleinen Schicht Bevorrechteter vorbehielt.

Walter Rathenau war ein Kapitalist. Das hat die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei nicht gehindert, mit ihm zusammenzuarbeiten. Das hindert die sozialistisch denkenden Massen der Arbeiterschaft nicht, sein Andenken zu ehren. Denn nicht in dem einzelnen Kapitalisten, im System des Kapitalismus sehen sie ihren Feind. Rathenau hat als freier, vorurteilsloser Mensch in seinen Schriften Ansichten vertreten, die den ihren in vieler Beziehung nahekamen.

Rathenau hat trotzdem niemals den Schritt zur Sozialdemokratie getan. Er war kein Marxist. So blieb er Mitglied einer bürgerlichen Partei, der demokratischen, die ein Recht hat, auf ihn stolz zu sein. Wären alle bürgerlichen Demokraten, wie Rathenau war, wären alle Kapitalisten bürgerliche Demokraten und in sozialpolitischen Dingen so freidenkend, wie er war, um wie vieles wäre das Verstehen leichter!

Noch immer sind die Besitzenden, obgleich sie in der demokratischen Republik keine politischen Vorrechte besitzen, wirtschaftlich und gesellschaftlich eine herrschende Klasse. Aber Rathenau hatte Gefühl dafür, daß diejenigen, die oben sind, die Pflicht haben, denen unten hinaufzuhelfen. Darum empfinden wir nichts, was uns von ihm trennt.

Als wahrer Kulturmensch kannte er keinen Völkerhaß. Das Unrecht, das dem deutschen Volk widerfahren ist, bekämpfte er würdiger und wirksamer als irgendein anderer. Wenn sich ein Ausweg aus dem furchtbaren Abgrund zeigt, in den die unfähigen, verblendeten Führer des Kaiserreichs unser Volk gestoßen haben, so war das zum guten Teil sein Verdienst. Die Sozialdemokratische Partei ist bereit, seinen Weg auf diesem Gebiet weiterzugehen.

Die Monarchisten haben ihn ermordet! Sie haßten ihn, weil er ein Republikaner war, sie haßten ihn, weil er ein Jude war, — sie haßten ihn, weil er die Versöhnung der Völker suchte und nicht den neuen Völkermord.

In zehn Monaten sind drei meuchelmörderische Angriffe auf Führer der deutschen Republik verübt worden. Zwei haben ihr Ziel erreicht. Unser Genosse Scheidemann entging wie durch Wunder einem tückischen Anschlag, Erzberger und Rathenau sind von dem Los, das ihnen die blutige Verschwörung bereitet hatte, erreicht worden. Und die Mörder sind frei!

Im großen Völkermorden des Weltkriegs ist die Monarchie geschlagen, ruhmlos zugrunde gegangen. Jetzt versuchen ihre fanatischen Anhänger durch verbrecherische Hetze gegen die Republik und ihre führenden Männer und durch ein organisiertes System des Meuchelmordes mit Revolvern, Handgranaten und Blausäurespritzen ihren neuen Aufstieg vorzubereiten.

Blutbedeckt ist sie versunken, blutbedeckt soll sie wieder auferstehen!

Wir rufen die Republik und ihre Anhänger, die großen Massen des werktätigen Volkes zur Verteidigung auf. Es geht ums Letzte, Höchste! Was könnte eine Monarchie, die dem Meuchelmord ihre Entstehung verdankt, was könnte ein Monarch, der aus Händen, die mit dem Blut der besten Deutschen besudelt sind, seine Krone entgegennimmt — was könnten sie anderes bedeuten als Mord und abermals Mord, Bürgerkrieg, Völkerkrieg, Untergang der menschlichen Kultur!

Die Sozialdemokratische Partei kämpft für die Rettung der Republik, sie steht in diesem Kampf mit allen zusammen, die zuverlässig und tapfer sind. Sie kämpft für die Fortsetzung jener auswärtigen Politik, deren Führer in dem letzten Jahre Rathenau war, und der sie selber den Weg gewiesen hat: einer Politik, die durch den Appell an Einsicht, Menschlichkeit, Gerechtigkeit den wahren Völkerfrieden schaffen will. Darin weiß sie sich eines Sinnes mit der Partei der Unabhängigen. Die kleine Partei der Kommunisten hat allerdings diese Politik und die Person Rathenaus mit ähnlichen Argumenten und Ausdrücken bekämpft, wie die Deutschnationalen. Möge auch sie aus den furchtbaren Ereignissen lernen!

Möge das ganze arbeitende Volk einig zusammenstehen und begreifen: Die demokratische Republik, die allen Bürgern gleiche Rechte verleiht, ist die Staatsform, unter der es am besten seine Befreiung auch von wirtschaftlichen Ketten erreichen kann. Der feste Zusammenschluß aller, die zur Verteidigung der demokratischen Republik bereit sind, ist das Gebot der Stunde.

Schwört am Begräbnistag des ruchlos Ermordeten bei allem, was Euch teuer ist, daß Ihr zusammenstehen wollt zum Schutz Eurer bedrohten Rechte, zum Schutz Eurer Zukunft, zum Schutz aller Freiheit, die Ihr besitzt oder die Ihr Euch mit den Waffen des Geistes als Bürger der Republik noch erobern wollt!

Vergeßt nie, daß Ihr dabei gewesen seid, als sich die Massen am Begräbnistag Walter Rathenaus zum Treuschwur für die Republik zusammenfanden, und bewahrt dieses Blatt zum Gedächtnis an einen Mann, der gefallen ist, auf daß sein Volk lebe!

Die Wirkung auf das Ausland.

Die zahllosen ausländischen Pressestimmen über die Ermordung Rathenaus, die von den Telegraphenagenturen gedrahtet werden, lassen keinen Zweifel mehr darüber, daß diese „nationale" Freveltat die Stellung unseres Landes aufs neue und schwerste erschüttert hat. Wirtschaftlich und finanziell kommt diese ungeheuer schädliche Wirkung in dem erneuten Sturz der Mark auf allen Börsenplätzen der Welt zum Ausdruck. Herr Helfferich pflegte mit Vorliebe in seinen Reichstagsreden das demagogische Argument des Sinkens unseres Geldes gegen die Erfüllungspolitik auszuspielen. Nun, jetzt ist als Folge der Hetze seiner Partei einer der Hauptträger der Erfüllungspolitik gemeuchelt worden — und die deutsche Mark hat darauf mit einem Riesensprung noch tiefer in den Abgrund reagiert!

Alle Freunde Deutschlands in der Welt, besonders in den neutralen Ländern, zeigen sich entsetzt über den moralischen Tiefstand, den gewisse Kreise unseres Landes erreicht haben. Sie äußern ihre Besorgnisse um den Bestand der republikanischen Staatsform, die uns nach den Kriegssünden des alten Regimes so viele alte Sympathien wieder gewonnen und neue Sympathien geworben hatte.

Aber auch alles, was in den ehemals feindlichen Ländern es mit uns gut meint, insbesondere die englische liberale Presse, neigt gleichfalls zum Pessimismus. Sämtliche fortschrittlich und versöhnlich gesinnten Elemente in den Ententestaaten wissen wohl zu schätzen, was das deutsche Volk an Rathenau verloren hat. In der Tat hat der Gedanke der Revision des Friedensvertrages den schwersten Schlag durch den Mord erhalten. Mehr denn je haben unsere „nationalen" für Foch gearbeitet.

Das kommt am deutlichsten zum Ausdruck, wenn man die Stimmen der Organe des französischen „Nationalen Blockes" betrachtet, die stets nur darauf bedacht sind, im Trüben zu fischen und in allen Taten ihrer reaktionären deutschen Gesinnungsgenossen einen Vorwand zur Fortsetzung oder Verschärfung der Gewaltpolitik erblicken. Die nationalistische Presse ist seit vorgestern eifrig in diesem Sinne am Werke. Die ergreifende Sonntagsrede des Reichskanzlers läßt diese bornierten Gewaltmenschen kühl, wie aus folgender Aeußerung des Pariser „Intransigeant" hervorgeht:

Der Kanzler Wirth sagt uns heute, daß der Druck der Entente nachgelassen haben wird. Hier liegt das Mißverständnis. (!) Wir sind im Gegenteil dazu gekommen zu denken, daß die deutsche Republik ihre Erfüllungspolitik erst dann ausführen kann, wenn der Druck der Alliierten stärker geworden sein wird, d. h., wenn die Führer Deutschlands als Entschuldigung erklären können, daß sie gezwungen sind, die Milliarden für die Reparationen nicht durch die Erhöhung der Brotpreise herauszuholen, sondern durch Erfassung der Reichtümer der großindustriellen Magnaten. Das wird auch über den Kopf des Kanzlers Wirth hinweg nötig werden, und das deutsche Volk wird uns dafür Dank wissen. (!!) **Beim Friedensschluß hätte man Deutschland aufteilen sollen, und es wäre jetzt noch Zeit, die deutschen Volksstämme zu teilen.** Diejenigen, die uns hassen, sind gerade diejenigen, die uns am sichersten zahlen können.

Nichts ist für das angerichtete Unheil charakteristischer als dieses plötzliche Wiederauftauchen der separatistischen Pläne in einem der gelesensten Pariser Abendblätter.

Wir hoffen dennoch, daß der Appell des Kanzlers überall dort gehört und befolgt werden wird, wo es anständige und kluge Menschen mit demokratischer Gesinnung gibt, auch in Frankreich. Die bereits gemeldeten Trauerbotschaften Lloyd Georges, Schanzers und Factas an Dr. Wirth geben uns Grund zu der Erwartung, daß man wenigstens in London und Rom jene tiefen außenpolitischen Ursachen und Zusammenhänge endlich erkennen wird, auf die der Reichskanzler in so beredter Weise hinwies.

Justiz in der Republik.

Der „Proletarier aus dem Eulengebirge" in Oberlangenbielau hatte vom Schlesischen Landbund behauptet, daß er der Landwirtschaft als Handlanger bei der schamlosen Bewucherung des Volkes diene. Erfolg: 200 M. Geldstrafe. Keine Anwendung des § 193!

In Schlesien wurde ein deutschnationales Organ freigesprochen, das dem Minister Severing Gewissenlosigkeit und Leichtfertigkeit vorgeworfen hatte, weil das „bloß" eine üble Nachrede sei.

Die Leistungen unserer Justiz werden immer republikanischer!

Stinnes für Helfferich.

Die Deutsche Volkspartei in schwarzweißroter Front.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" bekennt Farbe. Sie läßt den Reichstagsabgeordneten Dr. Zapf, einen Häuptling der süddeutschen Zuckerfabrikanten, in ihrer Nummer von gestern folgende programmatische Erklärung schreiben:

„Hochhaltung der Gesetze, Aufrechterhaltung der Verfassung und Kampf gegen jeden Versuch, die staatliche Grundlage unserer Existenz zu zerstören. Von diesem Gesichtspunkte aus sind Maßnahmen der Regierung und des Reichspräsidenten gegen drohende Angriffe auf die Verfassung zu beurteilen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei war geneigt, alles zu akzeptieren, was sich innerhalb vernünftiger Grenzen vertreten ließe. Die Erklärungen des Justizministers Dr. Radbruch, die Verordnung des Reichspräsidenten, welche die schärfsten Maßnahmen gegen Verbindungen, Versammlungen und die Presse vorsieht, sei nur gegen rechts anzuwenden, weil antirepublikanische Angriffe nur von rechts zu erwarten seien, ließen jedoch zu allseitigem Bedauern aller ruhig denkenden Geister des Parlaments sowohl die für den obersten Lenker der Justizverwaltung unbedingt gebotene gerechte Würdigung der Verhältnisse, als auch den notwendigen politischen Sinn vermissen, da es Herrn Dr. Radbruch schwerlich unbekannt geblieben sein kann, daß die schwersten politischen Angriffe, mit Waffengewalt unternommen, nicht von rechts, sondern von links gegen die Republik gerichtet worden sind, und daß es dabei des Zusammenstehens aller Parteien bedurfte, um die Angriffe abzuschlagen und die Stabilisierung der Republik zu ermöglichen."

Nach dieser Meinungsäußerung „aller ruhig denkenden Geister" besteht, wenn er irgend jemals überhaupt noch bestanden hat, kein Zweifel darüber, daß sich die Deutsche Volkspartei als Schutzschild gegen die Notwehr der Republik fühlt. Zu gegebener Zeit wird einmal zu erörtern sein, ob und in welchem Umfange aus volksparteilichen, schwerindustriellen Kassen gar nicht unbekanter Leute auch die deutschvölkische attentatsbegeisterte Bewegung Kraft gesogen hat. Ob mit jener Haltung der volksparteilichen Korrespondenz überdies alle Volksparteiler einverstanden sein werden, oder haben sie in Zeiten der Ministermorde nichts zu sagen?

Der Hamburger Zwischenfall.

Der Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Schutzpolizei nach der Demonstration in Hamburg ist, wie aus einer amtlichen Meldung hervorgeht, auf eine falsche Maßnahme der Schutzpolizei zurückzuführen. Die Schutzpolizei hatte entgegen den Anweisungen des Senats mit Gewehren und Maschinengewehren Aufstellung genommen und ein Plakat mit der Inschrift „Wer weitergeht, wird erschossen" postiert. Als das Publikum versuchte, das Plakat zu entfernen, gab die Schutzpolizei zunächst Schreckschüsse ab. Später schoß sie scharf und tötete einen Passanten. Sechs wurden verwundet.

Nach diesen Aufklärungen ist anzunehmen, daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Reichswehr und republikanische Fahne.

Ein Parteigenosse schreibt uns zu diesem Geßler-Thema: Aus der im gestrigen Abendblatt des „Vorwärts" veröffentlichten Erklärung des Reichswehrministers ersehe ich, daß augenblicklich in der Reichswehr mit kaiserlichen oder königlichen Flaggen noch kein Mißbrauch getrieben worden sein soll. Ein Vorkommnis, das das Gegenteil beweist, kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung mitteilen. Am 6. August v. J. begegnete mir in Spandau ein Dienstauto der Reichswehr, das besetzt war mit einem General, einem Stabsoffizier und zwei Reichswehrsoldaten. Das Auto trug vorn die schwarzweißrote Flagge. Es gelang mir schließlich, die Nummer des Autos genau festzustellen. Noch am gleichen Tage wende ich mich — unter Angabe der Nummer — beschwerdeführend an das Reichswehrministerium und ersuche um Mitteilung, was gegen den General, der die alte kaiserliche Flagge aufgesteckt hatte, veranlaßt worden ist. Der Eingang meiner Beschwerde wurde mir zwar bestätigt — sonst aber ließ das Reichswehrministerium nichts von sich hören. Einige Wochen später erinnerte ich an meine Beschwerde und wurde dabei sehr deutlich, wartete aber wieder vergeblich auf Antwort. Wieder nach einigen Wochen schrieb ich dann — immer massiver werdend — von neuem. Da endlich, unter dem 9. Dezember — also mehr als vier Monate nach Eingang meiner Beschwerde — erhielt ich unter Nr. 246. 12. 21. T. 1. III. den nichtssagenden Bescheid, daß „entsprechende Abhilfe geschaffen ist". Was gegen den General veranlaßt worden ist, habe ich nicht erfahren, wahrscheinlich war die Strafe so schwer, daß sie mir vom Reichswehrministerium nicht mitgeteilt werden konnte — vielleicht um meine Nerven zu schonen.

Arbeitsplan des Reichstages.

Der Aeltestenausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit dem weiteren Verlauf der Plenarsitzungen. Es wurde beschlossen, am Donnerstag, dem katholischen Feiertag, nur Ausschußsitzungen abzuhalten, dafür aber am Freitag und Sonnabend in Vollsitzungen zu beraten. Sodann soll nach den vorläufigen Beschlüssen eine Pause von einer Woche eintreten, weil u. a. die Zwangsanleihe und das Gesetz zum Schutz der Republik erst innerhalb acht Tagen zur Beratung fertig sind. Diese Disposition ist jedoch noch nicht endgültig; am Freitag tritt der Aeltestenausschuß nochmals zusammen, um das endgültige Programm für die nächsten Wochen festzusetzen.

Urheber des Mordes.

Die „Emder Zeitung" (Kreisblatt für den Landkreis Emden, Ostfriesisches Volksblatt für nationale Politik) schreibt am 25. April dieses Jahres unter dem Titel „Die 39 — —" folgendes:

„In Genua befinden sich unter den deutschen Delegierten zur Konferenz 39 Juden. 39 Juden vertreten uns Deutsche in Genua. Der Nichtjude, aber Judenze, der heute im Reichskanzlerstuhle sitzt, der Zentrumsmann Dr. Wirth, hat sie hingeschickt.

Oder haben die 39 Juden ihn mitgenommen? Ist er nur der Gesandte der Juden und die Juden die Auftraggeber? Wer ist da voll und ganz im Bilde?

Wir wissen nur, was eine gewisse Presse als Tat kennzeichnet, daß die in Deutschland wohnenden Juden mit den in Rußland wohnenden Juden einen Vertrag abgeschlossen haben. Der heißt nun der deutsch-russische Vertrag, statt daß man ihn den allrussischen Vertrag nennt.

Und wieder einmal verkauft Judas ein Volk und verrät es, aber nicht für 30 Silberlinge.

Die 39 sind das Symbol der deutschen Regierung, sie sind eine Mustersendung des republikanischen Systems nach Genua. Und ist dieses Regime jüdisch, und das ist es, dann ist es doch richtig so, daß man auch die 39 als die Vertreter dieses Regimes nach Genua schickt.

Diese 39 in Genua kosten uns zwar einige Milliarden Mark, aber das sind sie uns wert. Wahrscheinlich kosten sie uns noch viele Milliarden dazu; ersichtlich jedoch für alle Nichtblinden ist die Tatsache, **daß wir unter dem jüdischen König Rathenau und seiner 39köpfigen beschnittenen Gefolgschaft in Genua alles zu erwarten haben, was uns Deutschen Schaden, den Juden aber Nutzen bringt . . ."**

Diese Leute sind natürlich völlig unschuldig an der Ermordung Rathenaus!

Die Stimmung in Schlesien.

Breslau, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Im Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Breslaus und der schlesischen freien Gewerkschaften zur Arbeitsruhe und Massenkundgebung heißt es: Schlüssige Beweise für verbrecherische reaktionäre Umtriebe auch in Schlesien sind den zuständigen Behörden erst wieder in den letzten Tagen unterbreitet worden." Dazu bemerkt unser Breslauer Parteiorgan, daß die Tatsachen, die zu einer Warnung Anlaß gaben, noch nicht reif für die Veröffentlichung sind. Die Presse der Koalitionsparteien wird in Schlesien diesmal ganz deutlich. In der demokratischen „Breslauer Zeitung" erklärt Dr. Oehlke, die Deutschnationale Partei sei nichts anderes als eine organisierte Mörderbande. Möge der eine morden, der andere nur vorbereiten, der dritte als Helfershelfer dabei sein, alle ständen sie mit ihren vollen Sympathien bei den fluchwürdigen Verbrechen, die nicht aufhören. Rücksicht dürfe nicht mehr genommen werden. Alle zu Gebote stehenden Mittel gegen die Mordreaktion seien anzuwenden. Die „Schlesische Volkszeitung", das Zentrumsorgan, ermahnt alle wahrhaft christlich empfindenden Kreise, männlich und mutig an jedem Ort mit allen nur erlaubten Mitteln gegen die rechtsradikalen Demagogen aufzutreten und die Regierung zu unterstützen.

Die sozialdemokratische „Volkswacht" warnt die Arbeiter vor jeder Ungesetzlichkeit und verlangt Sicherungen für die Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten durch eine entsprechende Personalpolitik. Severing müsse jetzt freie Hand bekommen, und Männer, die nicht zuzugreifen verstehen, müßten aus den Zentralstellen verschwinden.

Die rechtsstehende Presse verurteilt das Attentat an Rathenau in scharfen Worten, erklärt aber, daß deutschnationale Kreise nichts damit zu tun haben, obgleich sowohl die „Schlesische Tagespost" wie die „Schlesische Zeitung" in unversöhnlicher Hetze gegen führende Republikaner stets das Menschenmögliche geleistet haben.

Die deutschnationale Kriegergedenktafel.

Wir berichteten vor einiger Zeit über eine seltsame Heldenehrung in dem Dorfe Zippnow. Nach der Meldung eines hiesigen Montagsblattes sollte auf einer Gedenktafel für die Gefallenen des Weltkrieges, die in Zippnow aufgestellt wurde, der Name eines gefallenen Juden mit einer gehässigen antisemitischen Begründung fortgelassen worden sein. Hierzu erhalten wir nun eine Berichtigung, wonach der Name des Juden nicht auf der Gedenktafel eingetragen worden sei, weil er kein einheimischer (in der Berichtigung unterstrichen) Zippnower gewesen sei. Ob der Gefallene in Zippnow ansässig war, darüber schweigt sich die Berichtigung aus. Das Charakteristische ist aber nun, daß die Berichtigung unterschrieben ist:

Deutschnationale Volkspartei
Gauverband Grenzmark Schneidemühl
Köhler, Verbandsdirektor.

Den Denkstein hat angeblich die Gemeinde gesetzt. Die Deutschnationale Volkspartei aber fühlt ausgerechnet den Beruf in sich, in dieser Angelegenheit Berichtigungen zu versenden. Wer zweifelt nun noch daran, daß die ganze Sache keinen politischen Anstrich hatte?!

An die deutsche republikanische Jugend.

Wieder ist ein treuer Führer und Kämpfer der deutschen Republik hingemordet. Nationalistische Verhetzung hat zu der Kette der Mordtaten gegen republikanische Führer ein neues Glied gefügt. Walter Rathenau, der ehrliche Patriot, ist diesmal das Opfer nationalistischer Mordbuben geworden. Ein Schrei der Empörung geht durch die Lande: Nun ist's genug!

Republikanische Jugend heraus!

Schließt die Front gegen die nationalistischen Mordbuben! Wo ihr verbrecherischer Geist umgeht: Nieder mit den Meuchelmördern und ihren Helfern!

Republikanische Jugend, sei wachsam! Es geht im besonderen um deine Zukunft! Wir stehen einmütig und begeistert hinter der hinreißenden, kampfentschlossenen Rede unseres Reichskanzlers und Führers Dr. Wirth. Wir stehen in Treue hinter allen Führern der deutschen Republik!

Auf, in die vordersten Reihen, wo es gilt zu Schutz und Trutz für unsere Republik! Beteiligt euch an allen republikanischen Kundgebungen!

Reichsbund deutsch-demokratischer Jugendvereine,
Verband der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands,
Reichsbund deutsch-demokratischer Studenten,
Reichsausschuß der Jungsozialisten der SPD.

Oltwig v. Hirschfelds Strafverbüßung.

Eine Gerichtskorrespondenz meldet:

Die Strafvollstreckung gegen den wegen des ersten Attentats gegen Erzberger seinerzeit verurteilten Fähnrich Oldwig v. Hirschfeld beschäftigt noch immer die Gerichte. Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft I wurde die Strafhaft Hirschfelds am 2. November 1921 unterbrochen, weil sich dieser in jener Zeit in der psychiatrischen Klinik in Freiburg und nicht in einem Gefängnis befand. Der Rechtsanwalt Hirschfelds hatte dann beantragt, Hirschfeld die gesamte Zeit, die er in der Anstalt zugebracht hatte, auf die noch zu verbüßende Strafe anzurechnen. Er begründete dies damit, daß die Internierung in einer Irrenanstalt gleichbedeutend mit Strafhaft wäre, weil dem H. auch dadurch die Freiheit entzogen wäre. Das Landgericht I hat sich auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt und die in der Irrenanstalt verbrachte Zeit nicht angerechnet, da sich H. nach seiner Heilung ungehindert aus der Klinik habe entfernen können und dies auch am 15. April 1922 getan habe. Gegen diesen Beschluß hat der Rechtsanwalt Hirschfelds Beschwerde eingelegt.

Zurzeit verbüßt Hirschfeld den Rest seiner Strafe.

Die Wahl im Saargebiet.

Saarbrücken, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Bei der gestrigen Landesratwahl erhielten unter einer Wahlbeteiligung von 60 Proz.:

Zentrum	92 282	Stimmen	(16 Mandate)
SPD.	29 210	„	(4 „)
Liberale	24 989	„	(4 „)
Kommunisten	14 699	„	(2 „)
Demokraten	7 481	„	(1 „)
USP.	2 300	„	(0 „)
Hausbesitz u. Landwirtschaft	15 687	„	(2 „)
Mieterschutz u. Kriegsopfer	keine.		

Das Zentrum hat also für sich allein die Mehrheit in dieser Parlamentskarikatur. Die Deutschnationalen hatten Stimmabgabe für die „Liberalen" empfohlen; das müssen schöne Liberale sein!

Die Belohnung für die Auffindung der Rathenau-Mörder. Bisher sind eine Million Mark ausgelobt. Jetzt hat eine Sammlung in bürgerlichen demokratischen Blättern begonnen, um diese Summe wesentlich zu erhöhen. Da die Mörder mit großen Geldmitteln arbeiten, müsse ihnen auch mit großen Geldmitteln begegnet werden.

Eine seltsame Frage. Die gesamte Fraktion der Bayerischen Mittelpartei hat soeben im bayerischen Landtage eine Anfrage eingebracht, die sich mit den Festnahmen und Haussuchungen anläßlich des Besuches des Reichspräsidenten in München beschäftigt. Es wurde gefragt, nach welchen gesetzlichen Bestimmungen oder mit welcher sonstigen Berechtigung diese Haussuchungen bzw. Festnahmen durch die Regierung erfolgt seien.

Am Grabe Rathenaus.

Republik!
Vor dir liegt dein gemordeter Sohn;
um deinetwillen der wievielte schon,
Republik?
Bluthunde zerrissen das Edelwild,
bezahlte Verbrecher schmähen dein Bild:
Republik — wehr dich!

Republik!
Deutschland gebar dich aus Strömen von Blut.
Sind deine Besten zum Sterben nur gut,
Republik?
Ludendorff höhnt dich für englischen Sold —
doch Millionen stehen für Schwarz-Rot-Gold:
Republik — wehr dich!

Republik!
Hüte dich vor dem Gelächter der Welt!
Deutschland ist tot, wenn dein Banner fällt,
Republik!
Man hat dich für deine Milde genarrt —
nun hebe die Fäuste und werde hart,
Republik — wehr dich!

Republik!
Stieb deinen Zorn in der Tollwut Gelechz,
greife zur Notwehr — dein Todfeind steht rechts,
Republik!
Im offenen Kampfe knissen sie aus,
jetzt pesten sie wie die Ratten durchs Haus . . .
Republik — wehr dich!

Republik!
Vor dir liegt dein gemordeter Sohn;
um deinetwillen der wievielte schon,
Republik?
Daß er für immer der Letzte sei,
gellt über Deutschland ein einziger Schrei:
Republik — wehr dich!

Artur Zickler.

Der „Waffenring" und die Universitätsbehörden. Aus studentischen Kreisen wird uns geschrieben: Eine Hauptgefahr für die Republik bedeutet die Beeinflussung der heranwachsenden Jugend durch die deutschvölkischen Mörderparteien. Diese Wirkung erzielen an den Universitäten und Technischen Hochschulen die im „Waffenring" vereinigten Verbindungen, die sich einer besonderen Bevorzugung durch die Universitätsbehörden erfreuen. Bekanntlich greifen die Universitätsbehörden sehr energisch ein, wenn es sich um linksgerichtete Verbindungen handelt. Im Vorjahr wurde die Verbindung der Kommunisten-Studenten auf ein Jahr suspendiert für eine Sache, die im Vergleich zu den täglichen Ausschreitungen der Waffenringler eine Lappalie war. Kürzlich wurde die jüdische Verbindung Silesia ebenfalls auf ein Jahr suspendiert, weil auf Provokation anläßlich der Reichsgründungsfeier ein Silese einen Neogermanen geohrfeigt hatte. Der jüdische Student erhielt das Consilium abeundi — dagegen ist nichts einzuwenden — die provozierenden Hakenkreuzler wurden aber nicht zur Verantwortung gezogen. Außerdem erhielt die jüdische Verbindung von Rektor und Universitätsrichter die Anfrage, ob der betreffende Student noch den Silesen angehöre und ob seine Handlungsweise gebilligt werde. Beides wurde bejaht. Darauf wurde die Verbindung auf ein Jahr suspendiert. Es ist also in diesem Falle die Verbindung wegen ihrer Gesinnung bestraft worden. Wird man ebenso gegen die Burschenschaften vorgehen? Im Vorjahr wurde in Eisenach beschlossen, die den Burschenschaften angeschlossenen Verbindungen müßten ihre Angehörigen so erziehen, daß sie keine Ehe mit einer Jüdin oder einer Farbigen eingehen. Diese Bestimmung müßte genügen, um die zugehörigen Verbindungen aufzuheben, bis diese oder gleichbedeutende Bestimmungen aufgehoben sind. Denn durch die Minderwertigkeitserklärung eines Teiles der Mitstudenten wird die Disziplin gestört. Die Durchführung dieser Auflösung wäre bei festem Willen in allen Ländern, in denen Sozialisten Einfluß auf die Regierung haben, d. h. wohl überall außer in Bayern, möglich. Ob die Korps, Landmannschaften usw. Bestimmungen ähnlichen Wortlauts haben, die ein Einschreiten notwendig machen, ist uns nicht bekannt, müßte aber leicht festzustellen sein.

Maxim Gorki und der Untergang des Abendlandes. Die wissenschaftlichen Voraussetzungen, auf denen Spengler seine These aufgebaut hat, sind heftig bestritten worden. Die Ueberzeugung aber von dem furchtbar drohenden Ernst der düsteren Prophezeiung, für die er das Schlagwort geprägt hat, setzt sich angesichts der Vergeblichkeit der Versuche, den Geist Europas für Erwägungen der Vernunft und der Menschlichkeit wieder zugänglich zu machen, immer mehr durch. In der Pariser „Humanité" nimmt Maxim Gorki diesen Gedanken in einem Artikel auf, aus dem wir folgendes wiedergeben.

Seit dem scheußlichen Krieg von 1914/18 habe ich den Glauben an den Geist Europas verloren. Mir scheint, daß sein klarer Blick ihm verloren gegangen, und daß seine Seele verderbt ist, daß irgendein ekelhaftes Gift seine Gesundheit untergräbt und das Große und Edle besudelt, das wir früher an ihm bewunderten. Und doch ist Europa der Mittelpunkt, von dem aus Künste und Wissenschaften und technische Errungenschaften ausgingen, die Wunder geschaffen haben. Ich vergesse dabei freilich nicht, daß Europas Politiker und Ausbeuter — verschiedene Bezeichnungen für dieselben Persönlichkeiten — immer gewöhnt waren, ihre Opfer bei lebendigem Leib zu schinden. Dennoch müssen wir uns im Bewußtsein halten, daß es Europa gewesen ist, das über die Welt den Gedanken der Gleichheit und den Reichtum seiner Kultur verbreitet hat, seine Habgier selber hat noch heilsame Gegenbewegungen, seine Fühllosigkeit Bestrebungen nach einer Verbesserung der Menschheit hervorgerufen. — Heute aber scheint Europa seine moralische Autorität als Schöpfer auf dem Gebiet des Geistes unwiderruflich verloren zu haben. In dem chaotischen Zustand, in den es nach vier Jahren eines bestialischen, unter Mißbrauch des Wortes Christentum geführten Krieges verfallen ist, in seiner Gleichgültigkeit gegen den Todeskampf des russischen Volkes, hat es auch Asiens und Afrikas Achtung eingebüßt. Sein moralischer Nimbus schwindet vor ihren Augen. — Ich bin kein Politiker. Ich bin nur ein Russe, der sich der Bedeutung Europas für Rußland und die Welt bewußt ist, und der an das ungeheuere Gewicht der geistigen Kräfte glaubt, denen wir die schöpferischen Ideen der Humanität und des Sozialismus danken, und die in wundervollem Fortschreiten auf dem Gebiet der Wissenschaft und in unermüdlichem Arbeiten die Welt mit vollendetem technischen Rüstzeug ausgestattet haben. Aber ich kann nicht darüber hinwegsehen, daß die Bewohner Europas nur eine kleine Minderheit in der Bevölkerung des Erdballs darstellen, und daß innerhalb der europäischen Gemeinschaft jetzt eine wachsende Schicht von Menschen entstanden ist, der nichts mehr heilig ist, die nichts mehr zu erheben vermag und deren Gemüt knechtische Arbeit, Erniedrigung und Hunger, das natürliche Ergebnis der vermorschenden und verabscheuungswürdigen Klassenherrschaft, zu Verwirrung und Vernichtung treiben. Dies alles läßt mich glauben, daß, wie einst in den Tagen Roms jetzt wieder in Europa ein Ende bevorsteht, herbeigeführt durch den Druck fremder Rassen von außen durch die Entzündung der in seinen eigenen Grenzen durch Habgier und Neid, bösen Willen und Rachsucht aufgehäuften Explosivstoffe.

Das Bürgerrecht der Amerikanerinnen. Ein neues Gesetz, das soeben vom Kongreß der Vereinigten Staaten angenommen worden ist, schützt die amerikanischen Frauen gegen den Verlust ihres Bürgerrechtes im eigenen Lande, wenn sie Ausländer heiraten. Andererseits wird durch dieses Gesetz bestimmt, daß Frauen von fremder Nationalität, die amerikanische Bürger heiraten, nicht Amerikanerinnen werden, wenn sie nicht ein Jahr in den Vereinigten Staaten gelebt haben. Für Amerikanerinnen, die Fremde heiraten und mit ihnen außer Landes gehen, bestimmt das Gesetz, daß sie, wenn sie zwei Jahre im Lande ihres Mannes leben, ihr amerikanisches Bürgerrecht verlieren.

Volksbühne, Theater am Bülowplatz. Bei dem am 1. Juli beginnenden Sommergastspiel von Hans Wahlmann gelangt „Robert und Bertram" zur Aufführung. — Die Hauptrollen sind besetzt mit Julius Sachs, Hans Wassmann, Heinz Hilbert, Erhard Siedel, Harry Werber, Edgar Klitsch, Otto Varold, Otto Pahlau, und den Damen: Gretl Horn, Angela Sachs und Herta Wolff. Regie: Hans Felix.

Die E. T. A. Hoffmann-Ausstellung der Stadtbibliothek ist bis zum 8. Juli wochentäglich von 9—3 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Ein Faksimiledruck des bisher unveröffentlichten Tieck-Hoffmannschen Jägerliedes mit einer Uebersicht über die Anordnung der Ausstellung wird im Ausstellungsraum ausgegeben.

Der unbezwingbare Mount Everest. Der Londoner Daily Telegraph meldet, daß die Expedition zur Besteigung des Mount Everest-Gipfels aufgegeben werden mußte. Die Bergsteiger sind bis zu 8200 Meter vorgedrungen, doch war es ihnen trotz der Verwendung von Sauerstoff nicht möglich, größere Höhen zu erreichen.

Streik-Ende in Wien.

Die neue Gehalteregelung.

Wien, 26. Juni. (WTB.) Nach einer Meldung des Wiener Korrespondenzbureaus dürfte infolge des Beschlusses der Vertrauensmännerversammlung der sozialistischen Gewerkschaften der Bundesverkehrsangestellten, den Streik bedingungslos abzubrechen und sofortige Bestimmungen für die Wiederaufnahme des Eisenbahn-, Post- und Telegraphendienstes herauszugeben, die morgige Sitzung des Nationalrates, in der vermutlich eine Debatte über den Streik stattfinden wird, programmäßig verlaufen. Die Regierung wird eine Vorlage unterbreiten, die aus folgenden fünf Punkten bestehen wird:

1. Erteilung der Indemnität für die in den letzten Tagen von der Regierung an die Bundesangestellten erfolgten Zahlungen; 2. Festsetzung des Prinzips des künftigen Entlohnungsmodus durch den Nationalrat; 3. Regelung der Familienzulagen; 4. Auszahlung der Gehälter in zwei Monatsraten; 5. Abbau der Gehälter im Falle des Sinkens der Preise und des Index.

Wie verlautet, war das Stimmenverhältnis bei der Abstimmung der Vertrauensmännerversammlung der sozialistischen Gewerkschaften der Bundesverkehrsanstalten etwa 1500 gegen 19 Stimmen.

Der Telephon- und Telegraphenverkehr ist um 11 Uhr 20 Minuten nachts wieder aufgenommen worden. Der Beschluß wurde auf Grund der Verhandlungen, die den ganzen Tag andauerten, spät abends in einer Vertrauensmännerversammlung der Ausständigen gefaßt. Heute nachmittag um 6 Uhr sind die städtischen Straßenbahner wegen Lohnforderungen, über die mit der städtischen Verwaltung keine Einigung erzielt werden konnte, in den Streik getreten. In Wien herrscht auch heute Ruhe.

Irendebatte im Unterhaus.

Drohungen Englands — Erklärungen Lloyd Georges

London, 27. Juni. (WTB.) Das Unterhaus ist dicht besetzt in Erwartung der angekündigten Debatte über Irland, die sich bei der Beratung des irischen Budgets entspinnt.

Churchill gab eine ausführliche Darstellung der gegenwärtigen Lage und sagte, von seiten de Valeras sei alles geschehen, um die irische vorläufige Regierung zu schwächen und um den Süden von Irland in Verwickelungen mit Ulster zu bringen. Die nordirische Regierung werde von der britischen Regierung um jeden Preis gegenüber allen Versuchen, sie zur Unterwerfung unter den Süden zu zwingen, unterstützt werden. Mit Bezug auf die Vergeltungsmaßnahmen in Nordirland sagte Churchill, er freue sich zu sehen, daß die Regierung von Ulster in den letzten paar Wochen sich eine um vieles tatkräftigere Kontrolle der Verhältnisse gesichert habe, was durch die Tatsache bezeugt werde, daß die Ermordung des Marschalls Wilson keinerlei Gewalttaten im Gefolge gehabt habe. Jetzt aber, da die Regierung von Ulster sich in hohem Maße gekräftigt habe, sei es ihre Pflicht, ungesetzliche Vergeltungsmaßnahmen zu verhüten und der katholischen Minderheit einen tatkräftigen Schutz zu sichern. Churchill wies mit Nachdruck auf die

Wahlergebnisse in Irland

als auf einen Beweis für die überwältigende Unterstützung hin, die der Vertrag finde. Die vorläufige Regierung sei jetzt sehr gekräftigt und demgemäß sei es ihre Pflicht, dem Vertrag dem Worte und dem Geiste nach Wirkung zu verleihen; eine weit strengere Abrechnung müsse hinfort gehalten werden. Die zweideutige Haltung der sogenannten irischen republikanischen Armee, untermischt, wie sie sei, mit freistaatlichen Truppen, schlage dem Vertrage ins Gesicht. Die Tatsache, daß es in Dublin in vier großen Vierteln eine Bande von Leuten gebe, die sich selbst den Vollzugsausschuß des republikanischen Hauptquartiers nenne, sei ein Bruch und eine Verhöhnung des Vertrages.

Von diesem Nest der Anarchie aus

würden die mörderischen Gewalttaten angestiftet und ermutigt, und nicht nur in Irland, sondern wahrscheinlich auch in England. Von diesem Mittelpunkte aus sei eine Organisation in Bildung begriffen, die ihre Zweige in Ulster, Schottland und England habe, und deren erklärtes Ziel es sei, den Vertrag mit den niedrigsten Methoden, die menschliche Niedertracht nur ersinnen könne, zunichte zu machen.

Wird dem nicht ein Ende, und zwar ein baldiges Ende gemacht, so wird es meine Pflicht sein, im Namen der britischen Regierung zu sagen, daß wir den Vertrag als förmlich verletzt ansehen, daß wir keinerlei Schritte zur Ausführung des Vertrages oder dazu tun werden, ihm in seinen weiteren Stadien Rechtskraft zu verleihen, und daß wir

unsere volle Handlungsfreiheit

in jeder Richtung und in welchem Umfange es auch nötig sein mag, wiedergewonnen haben, um die unserer Pflege anvertrauten Interessen des Reiches zu wahren.

Ein Antrag der dissentierenden Unionisten (Konservative, die nicht der Regierung angehören) auf Herabsetzung des irischen Budgets wurde darauf mit 342 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

Im Laufe der Debatte erklärte Shortt, die Mörder Wilsons seien Londoner und ehemalige Soldaten, die nichts mit Irland zu tun hätten.

Bei Schluß der Debatte erklärte

Lloyd George,

er wolle nicht sagen, daß der britisch-irische Vertrag ein Fehlschlag sei, aber er müsse frei heraussagen, daß er über die Art enttäuscht sei, in der die provisorische Regierung die Probleme zu überwinden suche. Die englische Regierung sei bereit, jede Rücksicht auf die Schwierigkeiten der provisorischen irischen Regierung zu nehmen, aber diese hätte doch mehr für den Schutz des Lebens und Eigentums tun können. Daß die irische Regierung die Besetzung der Gerichtshöfe in Dublin durch die Republikaner zugelassen habe, sei nicht zu rechtfertigen. Die britische Regierung habe ihre Ansichten der provisorischen Regierung mitgeteilt, und nach dem, was die irische Regierung und das irische Parlament jetzt tun würden, würde man tatsächlich beurteilen können, ob sie fähig sind zu regieren, und je nach Ausfall dieses Urteils werde der Vertrag stehen oder fallen. Wir verlassen uns darauf, schloß Lloyd George, daß der Süden an dem Vertrage festhält, und wenn wir uns hierin täuschen, so wird das Unterhaus Schritte unternehmen und Männer finden müssen, die ihre Pflicht gegen das Reich furchtlos erfüllen werden.

In Erwiderung auf eine Anfrage wurde von Regierungsseite mitgeteilt, daß seit Unterzeichnung des englisch-irischen Abkommens in Irland 48 britische Untertanen getötet wurden, davon der überwiegende Teil Gendarmerie und Soldaten.

Einschränkung der russischen Hilfswerks. Der Londoner Expreß meldet aus New York, daß Hoover, der Generaldirektor des amerikanischen Hilfswerkes in Rußland, angekündigt hat, daß die russische Hilfsaktion vom 1. September ab, dem Zeitpunkt der Verfügbarkeit der russischen Ernte, eingeschränkt wird. Die Ernährung der Kinder werde bis zum 1. Januar fortgesetzt werden.

Den Mördern auf der Spur?

Die Polizei hat in diesen Tagen einen gewaltigen Ansturm an schriftlichen, mündlichen und telegraphischen Anzeigen auszuhalten, wie ihn diese Behörde noch nicht erlebt hat. Bereits unmittelbar nach der Mordtat sind fast alle in Urlaub befindlichen Beamten zurückberufen worden, um den Ermittlungsdienst mit allen Kräften aufnehmen und durchführen zu können. Die Hochflut der Anzeigen hat der Polizei bereits auch mancherlei bedeutsames und wertvolles Material eingetragen, das nunmehr bearbeitet wird. Es wurde nämlich auf Grund dieses Materials bereits in der gestrigen Nacht eine bestimmte Spur aufgenommen und verfolgt und sodann ein junger Mann verhaftet, dessen Alibi zurzeit einer sehr ernsthaften und genauen Prüfung unterliegt, da gewisse Anzeichen dafür sprechen, daß die Spuren in die Kreise deutschvölkischer geheimer Logen und Verschwörerkreise führt.

Dem Blutzeugen der Republik.

Der Kranz, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion heute am Sarge Walter Rathenaus niederlegte, trägt die Inschrift: „Walter Rathenau, dem Blutzeugen der Republik".

Zeigt die Farben der Republik!

Das abscheuliche Verbrechen an Dr. Walther Rathenau zeigt blitzartig die Größe der furchtbaren Gefahr, die den Bestand der Republik bedroht. Ueberall hört man jetzt das Wort „so wie bisher kann es nicht weiter gehen". Aber nicht nur die Regierung muß den Worten Taten folgen lassen, sondern jeder einzelne, der auf dem Boden der Republik steht, muß sein Teil zur Verankerung der republikanischen Staatsform in den Köpfen der Volksgenossen beitragen. Als ein wirksames Mittel dazu müssen alle Republikaner die Farben der Republik öffentlich in Form eines Bändchens oder einer kleinen Schleife tragen, natürlich nicht nur bei besonderen Anlässen, sondern täglich, denn gerade darin liegt der besondere Wert dieser Demonstration.

Die Rechtsparteien haben den großen Einfluß solcher und anderer Aeußerlichkeiten auf die Psyche der Deutschen sehr gut erkannt. Einen großen Teil ihrer Erfolge verdanken sie gerade solchen Dingen, vor allem dem massenhaft bei jeder Gelegenheit auftretenden Schwarzweißrot, das bisher leider kein Gegengewicht in den Farben der Republik fand. Jeder Außenstehende und jeder Indifferente muß so schon rein äußerlich auf den Gedanken kommen, daß wir in Deutschland wohl eine Republik, aber sehr wenig Republikaner haben. Wird diese Demonstration wirklich konsequent längere Zeit durchgeführt, so wird sich schließlich eine reinliche Scheidung zwischen den Freunden und den Feinden der Republik ergeben. Jeder, dem die Farben der Republik entgegenleuchten, wird dadurch auch zum Nachdenken über die Republik angeregt. Wie groß die Gedankenlosigkeit auch in Kreisen, von denen man es anders erwarten könnte, ist, dafür wird uns ein Beispiel berichtet: Die Westender Laubenkolonisten hatten ihre Gärten gestern anläßlich des stattfindenden Kinderfestes festlich geschmückt. Nahezu die Hälfte aller Fahnen aber waren schwarzweißrot und (nun kommt die unüberlegte Dummheit) Halbstock gesetzt. Also man wollte den Toten ehren, nahm aber keinen Anstoß daran, dafür die Fahne seiner Mörder zu verwenden.

Es fehlt hier nur eine kräftige Aufrüttelung. Die Kosten für die Beschaffung der Bändchen sind überaus gering. Vorhandene schwarzweißrote Fahnen lassen sich ohne Mühe in schwarzrotgoldene verwandeln durch Zertrennen der Fahne in drei Streifen, Färben des weißen Streifens mit gelber Farbe und Wiederzusammensetzen der drei Streifen.

Der Magistrat für die Getreideumlage.

Dringende Vorstellungen an die Reichsregierung.

Der Berliner Magistrat hat an den Reichsernährungsminister nachfolgendes Schreiben gerichtet: Der Gang der Verhandlungen in dem mit der Vorberatung des Getreideumlagegesetzes befaßten Reichstagsausschuß zwingt uns, an das Reichsernährungsministerium die nachdrücklichste Bitte zu richten, mit allen Mitteln bestrebt sein zu wollen, daß die Erfassung einer ausreichenden Menge inländischen Getreides im Wege der Umlage zu angemessenen Preisen gesetzlich sichergestellt wird. Wir vermögen aus den zahlreichen von uns immer wieder geltend gemachten Gründen, zu deren Träger sich ja auch das Reichsernährungsministerium gegenüber dem Reichstag gemacht hat, nur in einer solchen Maßregel eine Gewähr dafür zu erblicken, daß im nächsten Wirtschaftsjahr die Versorgung der breiten Schichten der Bevölkerung mit Mehl und Brot zu einem erträglichen Preise erfolgt. Eine Abstandnahme von dieser Jahre hindurch bewährten Maßregel hieße die Brotversorgung der Bevölkerung völlig ins Ungewisse stellen und würde die äußerste Beunruhigung und berechtigten Unwillen weitester Verbraucherkreise hervorrufen. Wir fühlen uns deshalb verpflichtet, die dringende Bitte zu wiederholen mit äußerstem Nachdruck auf der Beibehaltung des Umlageverfahrens in den Bedürfnissen der Verbraucher entsprechendem Umfang und Form zu bestehen.

Die liebe Reichswehr.

Man schreibt uns: Ich saß am letzten Sonntag 2 Uhr mit meinen Angehörigen im Restaurant Moorlake im Grunewald, als auf der durch das Restaurant führenden Straße 2 Reichswehrsoldaten und 3—4 mit großen Holzknüppeln versehene Zivilisten gleichen Alters und Schlages von Pfaueninsel daherkamen und in den Garten hineinbrüllten: „Wir wollen keine Judenrepublik. Schlagt die Juden tot!" Dieses mehrere Minuten lang fortgesetzt. Da das Publikum völlig indifferent blieb, trotzdem ich meiner Entrüstung laute Worte lieh, mußte ich es mir als einzelner Mann versagen, etwas zur Feststellung dieser Lumpen zu tun, da ich mich offenbar in die größte Gefahr für Gesundheit und Leben begeben hätte, ohne etwas zu erreichen.

Welch trefflichen Schutz die Republik durch die liebe Reichswehr genießt, ist nach diesem und ähnlichem jedem ohne weiteres klar.

Die Elternbeiratswahlen an den höheren Schulen.

Bis jetzt sind die Ergebnisse von 40 höheren Berliner Schulen eingegangen. Von diesen kamen an 8 Schulen Einheitslisten zustande auf Grund einer Einigung der Gruppen, also der freiheitlichen und der christlich-unpolitischen. Erstere erhielten von 94 Mandaten 21. Das bedeutet eine Verbesserung der freiheitlichen Listen. Bei den 32 Schulen, an denen ein Wahlkampf stattfand, wurden abgegeben: freiheitliche Stimmen 2550, christlich-unpolitische 12 290. Die Mandate verteilen sich 60 zu 308. Die Wahlbeteiligung war meist nur um 50 Proz., selten um 60 Proz. und ging herunter bis 11 Proz. in Weißensee. Sind die Erfolge auch zurzeit noch bescheiden, so dürften sie angesichts der bekannten Zusammensetzung der Elternschaft an den höheren Schulen immerhin zu weiterer Arbeit ermutigen.

Der Hilferuf durch Fernsprecher

hat sich als Abwehrmittel gegen das Verbrecherunwesen sehr gut bewährt und besteht jetzt für den gesamten Umfang des Oberpostdirektionsbezirks Berlin, also für ganz Groß-Berlin und bei den Fernsprech-Vermittlungsanstalten in Großbeeren, Hoppegarten und Mühlenbeck. Man ruft in gewöhnlicher Weise das Amt und sagt, wenn die Beamtin sich meldet, lediglich das Wort „Ueberfall" an. Die Beamtin verbindet darauf ohne weiteres mit der für das gefährdete Haus zuständigen Schutzwache. Sobald diese antwortet, hat der Teilnehmer möglichst folgende Angaben zu machen: Straße, Hausnummer, Vorder- oder Gartenhaus, Stockwerk, Name des Teilnehmers, Amt und Nummer der Sprechstelle. Ist der Hilferufende durch besondere Umstände verhindert, erschöpfende Ansage zu machen, so muß er wenigstens auf die erste Meldung des Amts hin der Beamtin das Wort „Ueberfall" zugerufen haben. Die Schutzpolizei wird dann, allerdings mit unvermeidlicher Verzögerung, bemüht sein, an der Hand der Wohnungsunterlagen des Amts Hilfe zu bringen. Das Hineinrufen des Stichworts in den Sprechtrichter gleich nach Abnahme des Hörers, also ohne die Meldung des Amts abzuwarten, ist, wie besonders hervorgehoben wird, völlig zwecklos. Nebenanschlüsse können für Ueberfallmeldungen nur benutzt werden, wenn sie sich im Hause oder in nächster Nähe der Hauptstelle befinden.

Kundgebung der republikanischen Jugend.

Unsere Arbeiterjugend hatte sich gestern abend mit dem Demokratischen Jugendverein Groß-Berlin zu einer gemeinsamen Kundgebung für die Republik zusammengefunden. Der Saal des Lehrervereinshauses war überfüllt, rote und schwarzrotgoldene Fahnen überwehten die Menge. Eingeleitet wurde der Abend durch das unseren Lesern bekannte Gedicht von Artur Zickler „Republik, wehr dich!", das mit minutenlangem Beifall aufgenommen wurde. Als erster Redner sprach der Abg. Pfarrer Korell, der sich besonders leidenschaftlich gegen die Pest und Seuche unseres politischen Lebens, den Antisemitismus, wandte. Den Nationalismus kennzeichnete er als jene Mischung von brutalstem Egoismus mit hohler Romantik, die Deutschland in der Geschichte mehr als einmal ins Unglück gebracht hat. Dann zeichnete er das Bild Walter Rathenaus und ging besonders auf dessen Wesensverwandtschaft mit Friedrich Naumann ein. Jetzt komme es darauf an, schloß er, nicht nur durch eine strenge Gesetzgebung, sondern mit Leib und Fäusten die Führer der Republik und diese selbst zu decken!

Nachdem sich die Versammlung zu einem Hoch auf die Republik erhoben hatte, kam unser Genosse Westphal zum Wort: Es ist das tragische Geschick der Republik, daß sie durch die Dummheit gewisser Volkskreise gezwungen ist, die Sünden ihrer Feinde, des alten Systems zu büßen. Die Not, die wir nicht zum wenigsten Herrn Helfferich, den Waffenstillstand, den wir Herrn Ludendorff zu verdanken haben, schieben sie den unglücklichen Erben in die Schuhe. Wir wären erbärmliche Menschen, wenn wir uns nicht um unsere Führer scharen wollten — nie dürfen wir vergessen, daß wir in der Front stehen und jeden Tag und jede Stunde nützen müssen, um den Geist des Meuchelmordes auszurotten. Wir fühlen uns erhaben über jene Jugend, die auf den Universitäten randaliert; wenn das, was dort gelehrt wird, nicht mehr Geist und Einsicht verleiht, verzichten wir jungen Arbeiter gern auf diese Kultur und bauen uns das Bild der Welt aus eigener Kraft, fest überzeugt, daß wir den Posten, den uns unser Volk anweist, voll auszufüllen vermögen. Wir stehen mit Leib und Leben für die Republik bereit, doch ruft uns auch, wenn es die Stunde verlangt!

Dann sprach der Abgeordnete Haas-Karlsruhe: Die Jugend der Republik ist stärker als die Reaktion; im offenen Kampfe ist die Republik nicht zu stürzen, daher die Taktik des Meuchelmordes. Was Rathenau als Patrioten anlangt, so braucht nur festgestellt zu werden, daß Rathenau noch zur Verteidigung des Heimatbodens aufrief, als Ludendorff mit zusammengeklappten Nerven um Waffenstillstand winselte. Welch hündischer Geist in dem nationalistischen Gesindel herrscht, beweisen die Schmähungen, mit denen die alte Mutter Rathenaus überhäuft wird. Es wird nach starken Männern gerufen, sie sind selten genug, aber wenn sie kommen, um sich der Arbeit mit Erfolg zu widmen, werden sie ermordet.

Der Gewerkschaftsführer Hartmann und der Führer der Demokratischen Jugend Lemmer beschlossen die Kundgebung, der Letztere mit flammenden Worten, unterbrochen von dem stürmischen Beifall der Jugend. Mit wehenden Fahnen, unter Absingen der Internationale, strömte unsere Arbeiterjugend auf die Straße.

Deutschnationale Kinos! Die Deutsche Filmgewerkschaft ersucht uns, folgendes mitzuteilen: Der Fridericus-Rex-Film, der ein gut Teil zur monarchistischen Seuche beigetragen hat, wurde in vielen Kinos unter polizeilichem Schutz vorgeführt. — In diesen Kinos sind auch die streikenden Vorführer gemaßregelt worden! Ehrenpflicht der Solidarität der Arbeiter und Parteigenossen ist es, nachstehende Kinos nicht länger mehr mit ihren Eintrittsgeldern zur Last zu fallen: 1. Filmpalast Kammerspiele, Teltower Straße 1-4; 2. Puhlmanns Lichtspiele, Schönhauser Allee 148; 3. Prater-Lichtspiele, Kastanienallee. Genannte Kinos sind für die Arbeiter und Parteigenossen gesperrt!

Milchpreise. Von dieser Woche ab beträgt der Preis für Kartenmilch 6,60 M. je Liter, für freie Vollmilch 10 M. je Liter. Die Preise sind für Kleinhandelsgeschäfte und Abmelkwirtschaften (Molkereien) die gleichen. Die A I und A II Milchkarten werden wie bisher mit je 1 Liter, die B I und B II Milchkarten, sowie die Karten für werdende Mütter (A-Karten) wie bisher mit je ¾ Liter Frischmilch täglich beliefert.

Jeder Republikaner,

dem es ernst ist mit der Verteidigung der republikanischen Staatsform, sorgt dafür, daß die republikanische Presse verbreitet wird.

Als Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei ist der

„Vorwärts"

der Bannerträger des republikanischen Gedankens in Deutschland. Darum werbt neue Leser für ihn!

Ich abonniere den „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten" in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Die Notstandsarbeiten in den städtischen Werken.

Gegenüber den zirkulierenden falschen Nachrichten über die Einstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas und Elektrizität wird uns vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter folgendes mitgeteilt:

Laut Beschluß einer Funktionärsitzung, die gestern tagte, werden alle Notstandsarbeiten in der üblichen Weise ausgeführt. Die Wasserversorgung wird vollständig aufrechterhalten. Alle Befürchtungen sind daher unbegründet.

In den Gaswerken wird der Druck auf 15 Millimeter reduziert, um Beschädigungen zu verhüten. Wenn dadurch wohl die Benutzung von Gas in den zwei unteren Stockwerken etwas behindert sein wird, so kann von einer Einstellung der Gasversorgung nicht die Rede sein.

In den Elektrizitätswerken werden die Hochspannleitung, die Belieferung der Straßenbahn und der Privatwohnungen ausgeschaltet. Alle anderen Strombezieher, insbesondere die Krankenhäuser usw. sowie das Regierungsviertel werden von diesen Maßnahmen nicht berührt. Es liegt also keine Ursache zu irgendeiner ernstlichen Beunruhigung vor. Der Demonstrationsstreik ist eine Kundgebung für die Republik und gegen die monarchistischen Mörderbanden, aber nicht gegen die friedliche und republikanische Bevölkerung Berlins.

Aufruf des Afa-Bundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes richtet folgenden Aufruf an seine Mitglieder:

„Das unverantwortliche Treiben der antirepublikanischen Reaktion hat sich bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Der ruchlose Meuchelmord an Walter Rathenau ist das Flammenzeichen, in welch unmittelbare Nähe die Gefahr für den weiteren Bestand der Republik gerückt ist. Die Anschläge gegen die Republik sind aber nicht zuletzt gegen ihre eigentlichen Träger, die Angestellten, Beamten und Arbeiter gerichtet.

Deshalb erklären wir namens aller gewerkschaftlich organisierten und freiheitlich denkenden Angestellten und in solidarischer Uebereinstimmung mit der feierlichen Kundgebung des Elften Gewerkschaftskongresses:

Bis hierher und nicht weiter!

Das drohende Verhängnis wird nur abgewehrt werden können, wenn die Reichsregierung sich nunmehr aufrafft, Verwaltung, Justiz, Reichswehr und Polizei rücksichtslos von allen volksfeindlichen Elementen zu säubern.

Die Aufforderung des Leipziger Gewerkschaftskongresses an die gesamte Arbeiterschaft, ihren Willen zur Verteidigung der Republik und ihrer Einrichtungen am Dienstag, den 27. Juni nachmittags durch Arbeitseinstellung und öffentliche Demonstrationen zu bekunden, gilt auch für die Mitgliedschaften der AfA-Verbände. Die Ortskartelle unseres AfA-Bundes haben sich über die Durchführung der Demonstration sofort mit den Ortsausschüssen des ADGB. zu verständigen. Für die Fortführung des Kampfes werden wir gemeinsam mit dem Vorstand des ADGB. alle erforderlichen Weisungen ergehen lassen.

Kollegen und Kolleginnen! Im März 1920 ist die Reaktion am geschlossenen Widerstand des werktätigen Volkes gescheitert. Haltet Euch bereit, auch in dieser Stunde der Entscheidung das Letzte für die Verteidigung Eurer Grundrechte einzusetzen, und der Sieg wird unser sein!

Allgemeiner Freier Angestelltenbund.
Der Vorstand: Aufhäuser. Urban. Stehr.

Die Beamten für die Republik.

Der neugegründete Allgemeine Deutsche Beamtenbund erläßt einen Aufruf an die deutsche Beamtenschaft, in dem es heißt:

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund fordert alle Beamte auf, zum Zeichen der Entrüstung und des Protestes gegen die Angriffe auf die Republik und zur Bekundung ihres festen Willens, für den Schutz des Staates und seiner Einrichtungen sich einzusetzen, an den für Dienstag, den 27. Juni 1922 festgesetzten Kundgebungen der Gewerkschaften teilzunehmen.

Von den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden erwarten wir, daß sie in weitestgehendem Maße Urlaub zur Beteiligung an diesen Veranstaltungen gewähren, soweit es sich unter Aufrechterhaltung notwendiger Dienstzweige durchführen läßt.

Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes hat folgendes Telegramm an den Reichskanzler gerichtet:

„Anläßlich der Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau gibt der Deutsche Beamtenbund seiner tiefsten Empörung über das erneute verabscheuungswürdige Verbrechen an einem leitenden Staatsmann Ausdruck. Der Deutsche Beamtenbund steht fest hinter der Reichsregierung und wird sie in allen zum Schutze der Republik notwendigen Maßnahmen aufs entschlossenste und tatkräftigste unterstützen."

Ferner hat die Bundesleitung die angeschlossenen Organisationen ersucht, sich in weitestgehender Weise an den Kundgebungen zum Schutze der Republik zu beteiligen.

•

Der Bezirksverein Berlin des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten ruft gleichfalls seine Mitglieder auf, sich an der Demonstration zu beteiligen und zu bekunden, daß sie entschlossen sind, bis zum letzten Atemzuge für die Erhaltung der Republik zu kämpfen.

Betriebsräte unter Polizeiaufsicht?

Man schreibt uns aus Wittstock an der Dosse, daß dort die Ortspolizeiverwaltung bei den Arbeitgebern Erkundigungen eingezogen habe über die Zusammensetzung und die politische Farbe der Betriebsräte. Wir halten dieses Vorgehen der Polizeiverwaltung für geradezu unglaublich. Wir erwarten, daß die zuständigen Instanzen sofort gründlich zwischen diese reaktionären Helden fahren und frische Luft schaffen. Die Betriebsräte sind eine wirtschaftliche Angelegenheit, die durch das Gesetz fundiert worden ist. Mit polizeilichen und politischen Schnüffeleien dürfen sie unter keinen Umständen behelligt werden.

Povatt's Kinder-
und Krankennahrung ist für den Säugling die unentbehrliche Nahrung anstelle mangelnder Muttermilch und nach der Entwöhnung. Zuverlässig, nahrhaft und wohlfeil! In Apotheken und Drogerien erhältlich.
Originaldose M. 22.— u. 10.—.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Qualitätswaren
Anzüge v. 1250.— 2600.—
Schlüpfer v. 950.— 2400.—
Hosen von 325.— 675.—
Gummi-Mäntel v. 775.— bis 1800.—
Versuchen Sie wie 1000 sparsame Käufer, enorm billig zu kaufen! Sie werden mein treuer Kunde.
Leihhaus Wilmersdorferstr. 127 Ecke Schillerstr. 1. Etage
Billige Abteilung
Anzüge 325.— Hemden 78.— Mäntel 1450.— U.-Hosen 38.— Hosen 780.— Socken 8.— Westen 95.— Röcke 85.—

Gold-, Silber-, Platin-
Gegenstände und Bruch
Brillanten Zahngebisse
Die höchsten Preise zahlen stets
Gebr. Fuhrmann, Hollendorfstr. 39
1 Min. v. Hollendorfpl.

Metall-Bettstellen
Fürst, Neukölln, Hermannstr. 88
Ecke Mittelweg-Straße
Kinderwagen Bettfedern Korbmöbel
Fabr. f. Rohrbett., Auflegematratz. u. Feldbettstellen. Fabrikpreise. Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegend frei Haus.

Kautabak-Niederlage
G. A. Hanewacker, Nordhausen
Grimm & Triepel, Nordhausen
Fischer & Herwig, Hann.-Münden
M. Hansen jr., Hadersleben
Joseph Doms, Ratibor
Max Ziegenhals, C 2, Poststraße 1, Tel.: Zentrum 29..
Verkauf nur an Händler

Bettwäsche-Leibwäsche
Preiswerte Posten! Wiederverkäufer abzugeben. Auch Detail-Verkauf.
Wäschefabrikation am Winterfeldtplatz
Goltzstr. 2a am Winterfeldtpl. Schöneberg Kolonnenstr. 62 1 Min. v. Bhf. Schöneb.

Bettwäsche
6 billige Ultimotage bis 1. Juli
Vor enormen Preissteigerungen, die uns bevorstehen, bieten wir Ihnen jetzt unsere billige Abschlußware an. Ueberzeugen Sie sich bitte ohne Kaufzwang von unserem konkurrenzlos billigen Angebot.
Nur gute haltbare Qualitäten!

Deckbettbezüge aus gut. Wäschestoff u. Louisiana	195.—	255.—	275.—	328.—	385.—
Kissen	55.—	68.—	79.—	83.—	95.—
Laken	98.—	125.—	168.—	215.—	245.—
Bettbezüge sehr preiswert, ohne Naht		375.—	425.—	475.—	
Inletts federdicht		365.—	475.—	595.—	650.—
Ueberschlaglaken herrliche Garnierungen			475.—	575.—	

Besondere Angebote:

Deckbettbezüge aus prima Louisianatuch, 130×200, ohne Naht			345.—
Louisianatuch prima Qualität, 130 cm breit			98.—
Wäschestoffe Meter	35.—	39.50	45.—
Handtücher	22.50	29.50	35.—

Riesige Auswahl. Reelle fachmännische Bedienung.
Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik
Gräfestraße 39 (Hasenheide) Fahrverbindungen: 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 15, 21, 31, 49, 55, 69, 106, 15, Autobus A u. 4.
Brunnenstr. 10 (am Rosenthaler Platz) Fahrverbindungen: 1, 2, 3, 5, 8, 10, 11, 22, 27, 33, 36, 37, 40, 41, 42, 44, 50, 51, 57, 65, 99, 110, 144, 168, G

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
18 Cottbuser Damm 18
Sommer-Neuheiten! Schöne Reste in Frotté, Voile, Gabardine, Tuch usw. Reste für Herren-Anzüge, Schlüpfer Ia Qualitäten. Staunend billig!

Strickjacken
für Damen und Kinder — stets neueste Muster, nur Qualitätsware.
Billigste Bezugsquelle.
Bruno Richter, Berlin-Pankow, Mendelstraße 36.
Fabrik-Niederlg. Thür. Wollwaren.

Quecksilber
kauft höchstzahlend
Heinrich Trapp, Beuthstr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)

Metall
Metallhandlung Osten
Grüner Weg 90
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing
Blei, Zink etc.

Gold Silber Platin
Bruch
Zahngebisse
Erich Fuhrmann
Gotzkowskystr. 13

Ia. Strickwolle
sowie Jumper und Jackenwolle preiswert im Wollvertrieb Dieffenbachstr. 45, Hof p. r.

Suche zur Selbstverwertung
Edelsteine
u. Edelmetalle zu höchst. Preisen
G. Schliephacke
Juwelier
Friedrichstraße 211 Ecke Kochstr.

Zeitungspapier
gebündelt, kgl.—
Haus- Wein-
lumpen Flaschen
Hohe Preise
Neukölln Weserstr. 178
Pfandleih. Reinickendorf
Fernspr.: Neuk. 281.

Spez.-Beh. nur für Ischias
i. Hüft., Ges. u. Bein.
Da schw. Fälle in 18 Tag. bes. hierüb. umfassb. Heilerfahr. best. u. Ref. Invalidenstraße 106, v. 10-2. Jacoby

Bruchkranke
können ohne Operation geheilt werden. Langj. erprobte Methode
Sprechst. jed. Dienst., Donnerst. u. Sonnab. 10—1. Spezialarzt Dr. med. Coleman, Berlin W 35, Potsdamer Str. 102.

Fahrräder!
Möbel, Kleidungsstücke, Nachlässe kauft
Koch, Neukölln
Bergstr. 55, Laden.

Restehandlg.
Haarpuder
Goltzstr. 2 a. d. Grunewaldstraße
Herren- u. Damenstoffe, Seiden, Samt, sämtliche Futterartikel bedeutend unter Preis

Billige Schuhe
Braun. Arbeiterschuh mit Schnalle, besonders kräftiges Leder u. kräftig. Lederboden mit Eisenbeschlag, auch für Gartenarbeit geeignet 285.-

198.-
Chromleder, hoh. Abs., mod. kurze Form

Halbschuhe

Eleg. Schnürschuhe mit und ohne Lackkappe .. 378.-	298.-
Braun Chevreau moderne Schicke Form, 35-38 398.-	298.-
Leinen-Schnür- u. Spangenschuhe, sehr gutes Fabrikat, mod. Passons, haltbarer, guter Lederboden	198.-
Feinfeine Luxussachen in grau und braun Wildleder, Lack usw. zum Schnüren mit Riemen oder Spange, alles Louis XV. Absatz .. 698.-	598.-

Herrenstiefel

Echt Boxrind sehr schöner haltbarer moderner Stiefel	498.-
Derselbe in braun	598.-
Fußballstiefel reelles, bewährtes Fabrikat	398.-
Halbschuhe und -Stiefel in braun u. schwarz, in feiner Luxusausführung, billig, in großer Auswahl	
Damenstiefel echt R.-Chevreaux	198.-
Orig.-Goody.-Welt echt Chevr., mod., spitze Form	498.-

Kinderstiefel

haltbares Leder 18-20, 21-22 mit Absatzfleck 79.-, 25-26 88.-	59.-
kräftiges Rindleder sehr haltbar ... 31-33 129.-, 27-30	98.-
Echt-Boxkalf sehr haltbar, elegant. Stiefel, breite Form ... 31-35 298.-, 27-30	278.-
Leinen-Stiefel u. Halbschuhe sowie Spangenschuhe, große Auswahl, billig!	
Sandalen schwarz Rindleder ... 27-30, 31-34 109.-	95.-
Braune Rindleder-Sandalen sehr gutes Fabrikat, 25-26 138.-, 27-30 148.-, 31-35 173.-, 36-42 288.-, 25-26	129.-

Großdetail Schuh-Lokal
Münzstrasse 25
Untergrundbahn Alexanderplatz.
Zweiggeschäft:
Frankfurter Allee 54